

stalt eines Francisco Suárez fehlt). Je näher es an unsere Zeit geht, desto mehr mußte Röd auswählen. So fehlen Namen wie Franz Rosenzweig, Martin Buber, Maurice Merleau-Ponty.

Bei einem so sorgfältigen Arbeiter wie Röd versteht es sich von selbst, daß er seinem Werk eine Reihe von zuverlässigen Registern beigegeben hat, die dem Leser das Eindringen erleichtern: eine Liste der Werke in Auswahl (wichtige Editionen und leicht erreichbare Ausgaben bzw. Übersetzungen); Einführungs- und Übersichts-literatur; eine Zeittafel sowie ein Namensregister.

Röds Sprache ist von lauterer Schlichtheit und Klarheit. Sein „Weg der Philosophie“ ist eine überaus bewunderswerte Leistung und ein Geschenk für den Leser, der sich über einzelne Denker der Vergangenheit informieren will oder etwas von der inneren Konsequenz und Dramatik der Geschichte des wissenschaftlichen Geistes in Europa erfassen möchte. *Gerd Haeffner SJ*

<sup>1</sup> Röd, Wolfgang: Der Weg der Philosophie von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Bd. 1–2. München: Beck 1996. 525, 637 S., Lw. 49,80, 68,-.

## Zukunftsfähiges Deutschland

Bekenntnisse zur Solidarität mit den ärmsten Ländern dieser Welt und noch mehr Bekenntnisse zu einem schonenden Umgang mit unserer Umwelt gehören zum politischen Alltag. Auch im privaten Bereich gehört es in vielen Milieus längst zum guten Ton, der eigenen Sorge um eine gesunde Umwelt Ausdruck zu verleihen. Leider entspricht der weitverbreiteten Einsicht, daß es höchste Zeit ist für eine ökologische Neuorientierung unserer Wirtschaftsweise und unseres Lebensstils, nicht eine ebenso weitverbreitete wirtschaftliche, politische und private Praxis.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“<sup>1</sup>, die vom Wuppertaler Institut im Auftrag vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor erstellt worden ist, kommt deshalb zu einem günstigen Zeitpunkt. In ihr versuchen die Autoren, möglichst konkret, vor allem aber auch – das ist vielleicht die hervorstechendste Eigenschaft dieser Studie – möglichst einladend darzustellen, was es bedeuten würde, Deutschland auf eine global nachhaltige Entwicklung hin umzugestalten. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde „nachhaltige Entwicklung“ zur zusammenfassenden Zielvorstellung internationaler Zusammenarbeit in den Bereichen Ökologie und Entwicklung erhoben. Im zweiten Kapitel der vorliegenden Studie („Maßstäbe“) versuchen die Autoren zunächst, diese Zielbeschreibung konkreter zu fassen und in Umweltziele für ein zukunftsfähiges Deutschland umzuschreiben.

Dazu legen sie zwei Werturteile offen, die die Basis für alles weitere bilden: Nachhaltige Entwicklung soll zum einen heißen, daß künftige Generationen die gleichen Lebenschancen haben sollen, zum anderen, daß jeder Mensch das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt und das gleiche Recht auf den Verbrauch von globalen Ressourcen hat. Um diese Werturteile operationalisieren zu können, benutzen die Autoren das Konzept des „Umweltraums“ als den Handlungsrahmen, in dem sich eine Menschheit bewegen muß, die zukünftigen Generationen gleiche Chancen gewähren möchte, und in dem sich ein Land bewegen muß, das für seine Bürger nicht größere Nutzungsrechte an globalen Ressourcen in Anspruch nehmen möchte, als dem Rest der Menschheit gewährt sind.

Das Ziel, als Land sich innerhalb des so definierten Umweltraums zu bewegen, ist für die Autoren nur dann erreichbar, wenn eine Umorientierung von einer Umweltpolitik der Schadstoffvermeidung hin zu einer Politik der Reduktion der Energie- und Stoffumsätze gelingt. Diese Überzeugung hat weitreichende Konsequenzen für die weiteren Ausführungen: Sie macht deutlich, warum bloßer Materialverbrauch (inklusive der Stoffmengen, die, ohne je weiter gebraucht zu werden, schon bei der Materialgewinnung als Abfall anfallen, der sogenannten „ökologischen Rucksäcke“) zu einem wichtigen Umweltindikator werden kann.

Für die Belastungsfähigkeit von Mensch und Umwelt lassen sich oft nur Bandbreiten angeben.

Deshalb muß entschieden werden, auf welchem Niveau Schwellenwerte festgelegt werden sollen. Soll man die möglichen Bandbreiten maximal ausnutzen, also eine Verschmutzung zulassen, solange sie nicht sicher zu Gefährdungen führt? Oder soll man nur ein solches Maß an Verschmutzung zulassen, daß eine Gefährdung gerade noch mit (moralischer) Sicherheit ausgeschlossen werden kann? Die Autoren entscheiden sich für das risikoarme Niveau, weil ein höheres Risiko mit dem Vorsorgeprinzip nicht vereinbar wäre, weil nur auf einem niedrigen Niveau des Risikos die Schwächsten geschützt sind, und weil das maximale Ausreizen der Bandbreiten durch einzelne Länder zu internationalen Konflikten führen könnte.

Nach einer sorgfältigen Diskussion der Anforderungen an ein System von Umweltindikatoren legen die Autoren ihr eigenes „vorsorgeorientiertes System von Umweltbelastungsindikatoren“ vor und benützen dann dieses Indikatorensystem, um für Deutschland konkrete Umweltziele abzuleiten. Diese Ziele, in zwei verschiedenen Zeithorizonten (kurzfristig bis ca. 2010, langfristig bis ca. 2050) formuliert, können zum Teil durchaus radikal erscheinen. So empfehlen die Autoren etwa einen vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2010 (Risikovermeidung!), eine Reduktion des Verbrauchs von nicht erneuerbaren Rohstoffen (inklusive fossiler Brennstoffe) um 80–90 Prozent bis 2050, eine Reduktion einer Reihe wichtiger Schadstoffe (z. B.  $\text{SO}_2$ ) um dieselbe Größenordnung bis 2005 oder 2010 und einen vollständigen Verzicht auf Biozide und Stickstoffdünger bis 2010. Kontrovers mag auch die Forderung erscheinen, ab 2010 auf die Neubelegung von Siedlungs- und Verkehrsflächen ganz zu verzichten.

Zum Teil folgen diese Empfehlungen ziemlich stringent aus den oben angeführten Wertprämissen der Autoren zusammen mit dem heute verfügbaren Wissen über die Belastbarkeit von Ökosystemen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß trotz der anscheinenden Radikalität der Forderungen diese zum Teil in ähnlicher Größenordnung (auf die es wohl allein ankommt) auch von anderer Seite formuliert worden sind. Mit anderen Empfehlungen (wie etwa der vollständige Verzicht auf Flächenneubele-

gungen) bewegen sich die Autoren eher auf Neuland; hier besteht vielleicht ein besonderer Bedarf an weiterführender Diskussion. Man versteht die Autoren wahrscheinlich nicht falsch, wenn man annimmt, daß es ihnen zum Teil gerade um die Anregung einer solchen Diskussion gegangen ist.

Im dritten Kapitel („Bilanzen“) erstellen die Autoren dann auf der Grundlage des ausgewählten Indikatorensystems eine Umweltbilanz für Deutschland, wobei die Auswirkungen auf die armen Länder des Südens besonders berücksichtigt werden. Die einzelnen Indikatoren (Material-, Energie-, Wasser- und Flächenverbrauch, Emissionen ausgewählter Schadstoffe) werden dabei einmal einzelnen Wirtschaftssektoren, zum anderen (und das ist originell) einzelnen Bedarfsfeldern zugeordnet. Soweit möglich, wird auch versucht darzustellen, inwieweit Produktion und Konsum in Deutschland über den Außenhandel zu Ressourcenverbrauch bzw. Umweltbelastungen im Ausland führen. Besondere Aufmerksamkeit schenken die Autoren dabei wieder auch den „ökologischen Rucksäcken“, die in der herkömmlichen Betrachtungsweise kaum beachtet werden.

Das vierte Kapitel („Leitbilder“) bildet das Zentrum der ganzen Studie. Der Ton der Studie, der bis dahin eher nüchtern und sachlich war, wird jetzt zum Teil einladend und werbend. Während bis dahin Fakten und technische Zusammenhänge zur Formulierung von Reduktionszielen benutzt wurden, wird jetzt auch die Phantasie eingesetzt, um auszumalen, wie ein Deutschland auf lobenswerte Weise diese Reduktionsziele erreichen könnte.

Die acht Leitbilder, die die Autoren mit dieser Funktion formulieren, wenden sich dabei in je verschiedener Weise an bestimmte Bevölkerungsgruppen, auch wenn natürlich immer die ganze Bevölkerung mitbetroffen ist. So richtet sich etwa die Beschreibung „grüner Unternehmen“ im Leitbild „Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen“ vor allem werbend an Entscheidungsträger in der Wirtschaft. Das Leitbild „Eine grüne Marktagenda“ wendet sich eher an politische Verantwortungsträger. Die Darstellung der Leitbilder ist immer wieder mit kleinen sogenannten „Wendeszenen“ durchsetzt. Dabei geht es den Autoren darum, an konkreten Beispielen

aufzuzeigen, wie (oft in kleinem Rahmen) erste Schritte in Richtung der Verwirklichung der Leitbilder unternommen werden.

Im Leitbild „Rechtes Maß für Zeit und Raum“ treten die Autoren vor allem für Strategien der Verlangsamung und der Verkehrsvermeidung und dann auch für eine Umschichtung hin zu ökologisch vertretbaren Verkehrsformen (z.B. öffentlicher Personenverkehr) ein. Verbend weisen sie auf die Erfahrung hin, daß die noch immer verfolgte Strategie einer Beschleunigung des Verkehrs keineswegs zu mehr Zeit für alle geführt hat.

Für die Motivation besonders wichtig dürfte das Leitbild „Gut leben statt viel haben“ sein. Aufbauend auf der Erfahrung, daß mehr haben nicht unbedingt besser leben heißt, weil Konsum selbst auch als Streß erfahren werden kann, läßt das Leitbild zu einer Umorientierung im persönlichen Konsum ein. Kriterien eines zukunftsfähigen Konsumverhaltens wären Sparsamkeit, Regionalorientierung, gemeinsame Nutzung und Langlebigkeit.

Vier weitere Leitbilder entwickeln die Autoren unter den sprechenden Überschriften: „Für eine lernfähige Infrastruktur“, „Stadt als Lebensraum“, „Regeneration von Land- und Waldwirtschaft“ und „Internationale Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft“.

Im fünften Kapitel ihrer Studie („Übergänge“) versuchen die Autoren die Konsequenzen zweier Szenarien auch quantitativ abzuschätzen. Dabei zeigt sich, daß eine „Offensive Energiepolitik“ (eine Modifizierung eines Klimaschutzszenarios der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“) die kurzfristigen Reduktionsziele im großen und ganzen erreichen könnte. Die langfristigen Ziele können aber nur erreicht werden, wenn auch die tiefergehenden Änderungen stattfinden, wie sie in den Leitbildern der vorliegenden Studie beschrieben werden.

In einem letzten Kapitel („Zusammenhänge“) setzen sich die Autoren vorausschauend mit einigen möglichen Kritikpunkten an ihrer Studie auseinander. Das ermöglicht ihnen, ihre Vorstellungen zu einer Reform des Sozialsystems („Soziale Fairneß“), zur „Wirtschaftsverträglichkeit“ eines zukunftsfähigen Deutschland, zu Vorschlägen für eine „politische Reform“ und zu einem

notwendigen „Ausgleich zwischen Norden und Süden“ darzustellen.

Die Studie von BUND und Misereor ist auf eine große öffentliche Resonanz gestoßen. Wie zu erwarten war, gab es dabei nicht nur Zustimmung, sondern auch Kritik. Abgesehen davon, daß bei einem so weitgesteckten Unternehmen wie dieser Studie natürlich immer viele Einzelpunkte diskutierbar bleiben, gab es eine fundamentalere Kritik vor allem aus Kreisen, die der Unternehmenseite nahestehen. Leider hat man oft den Eindruck, daß einige dieser Kritiker sich nicht die Mühe gemacht haben, die Studie wenigstens zuerst einmal zu lesen.

Ernster zu nehmen ist vielleicht die Kritik, die aus dem genau entgegengesetzten Lager kommt, auf eher polemische und unsachliche Weise vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vertreten und von Elmar Altvater auf den sachlichen Punkt gebracht (Blätter f. dt. u. internat. Politik 1, 1996, 82–91). Im Kern geht es dabei um die Frage, ob das radikale und weitreichende ökologische Reformprojekt der Studie im Rahmen einer Marktwirtschaft überhaupt verwirklichtbar ist. Die Autoren der Studie beantworten diese Frage mit einem vorsichtigen und qualifizierten „Ja, bei entsprechender Rahmensezung“. Allerdings – das muß man den Kritikern der Studie zugeben – gehen die Autoren auf nur sehr unzureichende Weise auf das enorme gesellschaftliche Konfliktpotential ein, das in ihrem Projekt liegt. Statt existierende wirtschaftliche und politische Interessensgegensätze herauszuarbeiten, versuchen sie im Gegenteil den Eindruck einer Art großer Interessenharmonie entstehen zu lassen. Letztlich soll sich irgendwie jeder in diesem zukunftsfähigen Deutschland aufgehoben wissen. Zukunftsorientierte grüne Unternehmer werden weltweit wettbewerbsfähig sein und entsprechende Gewinne machen, Arbeitnehmer werden durch größere Zeitsouveränität und kürzere Wege ein streßfreieres Leben genießen. In Deutschland werden wir unseren Lebensstandard halten, die Armen des Südens werden ihn steigern.

Wenn man diese etwas harmonisierenden und optimistischen Darstellungen vor dem Hintergrund der eben formulierten Kritik liest, wird vielleicht auch deutlich, warum die Autoren auf

eine sorgfältige soziologische und politökonomische Analyse der gesellschaftlichen Prozesse verzichtet haben, die eine Umsetzung ihrer Vorstellungen von einem zukunftsfähigen Deutschland erfordern werden. Zum einen kann man natürlich von einer einzelnen Studie nicht die Antwort auf alle Fragen erwarten. Zum anderen verstehen die Autoren ihre Arbeit wohl weniger als Reflexion über solche Prozesse, sondern eher als Teil-

nahme an ihnen: als den Versuch, möglichst viele Menschen für das Leitbild eines „zukunftsfähigen Deutschlands“ zu gewinnen.

Andreas Gösele SJ

<sup>1</sup> Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Hg. v. BUND und Misereor. Basel: Birkhäuser 1996. 454 S., 53 Abb. Kart. 39,80.